



19. November 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Maßnahmen für weitere Pandemiebekämpfung**
- **Milliarden für die gesetzliche Krankenversicherung**
- **Erstes AG-Treffen hat stattgefunden**
- **Stadt Hanau mit dem Georg-August-Zinn-Preis ausgezeichnet**
- **Aus dem Wahlkreis - Treffen der Weseranrainer**
- **Bilder der Woche**

Maßnahmen für weitere Pandemiebekämpfung

Mit Änderungen im Infektionsschutzgesetz reagieren wir auf das Auslaufen der Feststellung der epidemischen Lage nationaler Tragweite am 25. November 2021.

Erstmals hatte der Deutsche Bundestag diese Feststellung im März 2020 getroffen. Damit verbunden waren teilweise schwerwiegende Grundrechtseinschränkungen und Sonderrechte der Bundesregierung. So konnte der Gesundheitsminister Verordnungen erlassen, ohne den Bundestag zu beteiligen.

Gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und FDP beenden wir diese verfassungsrechtlich problematischen Sonderrechte mit Änderungen im Infektionsschutzgesetz.

Die 7-Tage-Inzidenz liegt deutschlandweit über 300. Die Pandemie ist nicht noch längst nicht vorbei. Deshalb verlängern wir mit Änderungen im Infektionsschutzgesetz viele wichtige Corona-Regeln und –Rettungsschirme.

Es geht nun auch darum, das Personal in den Krankenhäusern nicht zu überlasten. Die Pflegekräfte und Ärzte stehen an ihrer Belastungsgrenze. Immer mehr Krankenhäuser und Intensivstationen gelangen an ihre Kapazitätsgrenze.



In dieser Woche hat der Bundestag dazu das **Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes** verabschiedet. Mit 3G am Arbeitsplatz und Homeoffice sorgen wir für mehr Infektionsschutz bei der Arbeit. Bürgertests sind wieder kostenlos. Bundesweit soll verbindlich eine 3G-Regelung im öffentlichen Personennah- und fernverkehr gelten.

Wir unterstützen Familien und geben sozialen Dienstleistern und Kulturschaffenden Planungssicherheit in der Krise.

Ganz besonders am Herzen liegen uns die besonderen Testpflichten für Beschäftigte und Besucherinnen und Besucher in besonderen Einrichtungen, beispielsweise Pflegeeinrichtungen, Rehabilitationseinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

Es gilt eine tägliche Testpflicht für ungeimpfte Arbeitgeber und Beschäftigte sowie für alle Besucher unabhängig davon, ob diese geimpft sind oder nicht. Geimpfte Arbeitgeber und Beschäftigte können die tägliche Testung durch Antigen-Tests zur Eigenanwendung ohne Überwachung durchführen.

Desweiteren erhalten die **Bundesländer** konkrete Handlungsoptionen, um die Pandemie effektiv und rechtssicher sowie gleichzeitig grundrechts-schonend einzudämmen.

Dazu gehören Abstandsgebote, Maskenpflicht, die Anwendung von Hygienekonzepten, Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte im privaten und öffentlichen Raum sowie 2G/3G/3GPlus/2GPlus-Regelungen und Kapazitätsbeschränkungen insbesondere in Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie bei Veranstaltungen.




Da sich die Lage in einigen Bundesländern dramatisch zuspitzt, sieht das Gesetz eine eingeschränkte **Länderöffnungsklausel** vor. Das heißt, dass die Länder beispielsweise Veranstaltungen absagen oder Freizeiteinrichtungen vorübergehend schließen können. Eingriffs-intensive Maßnahmen wie Ausgangsperren, die flächen-deckende Schließung von Hotels, Restaurants, Sportstätten, Schulen und Geschäften sowie das Verbot religiöser Zusammenkünfte sind dagegen nicht mehr möglich.

Darüber hinaus werden folgende Regelungen verlängert:




- Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung (bis 19. März 2022),
- Maßnahmen zur Corona-Arbeitsschutzverordnung (bis 19. März 2022),
- Sonderregelungen zum Kinderkrankentagegeld: 30 statt 10 Kinderkrankentage bzw. 60 statt 20 Kinderkrankentage für Alleinerziehende (bis in das Jahr 2022),
- Sonderregelung zum Entschädigungsanspruch für Eltern von Kindern in Betreuungseinrichtungen (bis 19. März 2022).

Corona-Maßnahmen

Das regeln wir für alle:

-  **3G** bei Arbeit, Bus und Bahn
-  **Homeoffice**-Pflicht
-  **Testpflicht** in Pflegeheimen

Das können Länder entscheiden:

-  **Kontaktbeschränkungen** für **Ungeimpfte**
-  **Veranstaltungen** begrenzen
-  **3G, 2G oder 2G-Plus**

Die Länder haben nicht mehr ganz so viele Möglichkeiten wie mit der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Sie können aber angemessene Maßnahmen ergreifen, um die Pandemie zu bekämpfen.

Dieser Maßnahmenkatalog ist rechtssicher, weil es angesichts vieler Geimpfter nicht zu weitreichende Einschränkungen geben muss.

Auch die Debatte über eine Impfpflicht für Mitarbeitende in besonderen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen werden wir mit der nötigen Ernsthaftigkeit diskutieren und voranbringen.

Milliarden für die gesetzliche Krankenversicherung

Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stehen die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) nach wie vor unter finanziellem Druck.

Um die Beiträge stabil zu halten, werden wir im Jahr 2022 den Zuschuss für die GKV nochmals um sieben Milliarden Euro aufstocken – auf dann insgesamt 28,5 Milliarden Euro.

Mit der Unterstützung des Bundes wird es

sowohl für die Mitglieder der GKV als auch für die Wirtschaft keine erhöhten Kosten geben. Die Sozialversicherungsbeiträge werden unter 40 Prozent stabilisiert.



Erstes AG-Treffen hat stattgefunden

Am Mittwoch hat die Arbeitsgemeinschaft (AG) Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung das erste Mal getagt. Büroleiterin Annika Gieschke (Team Esther Dilcher) berichtet von der AG-Sitzung.

Was ist eigentlich eine AG? Eine AG ist dem jeweiligen Ausschuss zugeordnet. In den AGs treffen sich alle SPD-MdBs des Ausschusses und bereiten die Ausschusssitzung fraktionsintern vor. So können Informationen ausgetauscht, Strategien entwickelt und Absprachen getroffen werden.



Das Treffen diente nun erst einmal dem Kennenlernen, der Vorstellung der Arbeitsbereiche und der Arbeitsweise des Ausschusses. Dabei wurde klar: Auf den Ausschuss kommt viel Arbeit zu. Das Petitionswesen muss neu geordnet, die Geschäftsordnung des Bundestages überarbeitet und die Regelungen zur Parteienfinanzierung verbessert werden. Die SPD-Mitglieder sind hierfür gut qualifiziert, die Mehrheit hat eine juristische Ausbildung.

Wir MitarbeiterInnen dürfen an den Sitzungen teilnehmen. Nur wenn es um die Immunität eines Abgeordneten geht, dann ist alles „top secret“. Der Staatsanwalt bringt dann die Unterlagen persönlich mit und sollte es zu einer Hausdurchsuchung kommen, so muss ein MdB aus derselben Fraktion dabei sein. Aber das kommt ja zum Glück sehr selten vor.

Stadt Hanau mit dem Georg-August-Zinn-Preis ausgezeichnet

Nach dem schrecklichen rassistischen Terroranschlag vom 19. Februar 2020 haben die Menschen in Hanau sich vorbildlich dafür eingesetzt, Respekt, Toleranz und Zivilcourage zu stärken. Für dieses besondere Engagement hat die SPD Hessen der Stadt Hanau den Georg-August-Zinn-Preis verliehen.

Die Familien und Freunde der Opfer haben physische und seelische Verwundungen erlitten, die schwer zu heilen sind. Umso wichtiger, dass sie durch die Stadt und durch Oberbürgermeister Claus Kaminsky diese wichtige Unterstützung bekommen, um Möglichkeiten und Räume für Trauerarbeit, Trost und Austausch zu finden.

Edgar Franke, Opferbeauftragter der Bundesregierung, und auch die Söhne des Namensgebers des Preises, also von Georg-August Zinn, waren an dem Abend in Wiesbaden im Foyer des Hessischen Landtages dabei.

Besonderer Dank an Armin Kurtović, der mit seiner Familie als Vertreter der Opferfamilien anwesend war und an Claus Kaminsky, der den Preis stellvertretend für die Stadt und für alle Menschen in Hanau entgegengenommen hat, für ihre bewegenden Worte.

Die hessische SPD-Landesvorsitzende Nancy Faeser hat den Preis, der mit 5000 Euro dotiert ist, überreicht. Der Oberbürgermeister betonte, dass er das Geld in Absprache mit den Betroffenen verteilen wird.



Aus dem Wahlkreis - Treffen der Weseranrainer

Esther Dilcher hat sich fraktionsintern mit KollegInnen getroffen, durch deren Wahlkreis die Weser fließt.



Unser Ziel ist der Ausgleich der Interessen aller Weseranrainer, um mit einer Stimme sprechen zu können: von Hessen über Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen. Die Versalzung der Werra und Weser bleibt natürlich zentrales Thema. Auch die Umweltminister der

betroffenen Länder waren hierzu übrigens als „**Flussgemeinschaft Weser**“ im Gespräch.

Bilder der Woche

Wahlkreismitarbeiter Andreas Dietz (Team Esther Dilcher) hat diesen schönen **Sonnenuntergang** über Glockenturm und Tiergarten aufgenommen. Gleich neben dem Glockenturm steht das Bundeskanzleramt.



Interview

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



In wenigen Wochen ist der fünfte Jahrestag des schrecklichen Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz.

In seiner Funktion als Opferbeauftragter der Bundesregierung erreichen Edgar Franke deshalb viele Presseanfragen.

Für ein Kamerateam der RTL-Gruppe ordnete er die Fortschritte im Opferschutz ein, die seit der Tat erreicht wurden. Edgar Franke betonte aber auch, dass es noch Verbesserungsbedarf gibt.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 3 sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 Bild von **Health Card Insurance - Free photo on Pixabay**, Seite 5 Falko Droßmann, Seite 6 oben Edgar Franke und unten PAAVO BLÅFIELD (Blofield), Seite 7 oben Andreas Dietz und unten Daniel Leichtle.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.